

# Beschlüsse der 1. Sitzung

des Studierendenparlaments der Universität Münster



Präsidium des 64. Studierendenparlaments

Leonie Bronkalla (Präsidentin)  
Theresa Schüller (Stv. Präsidentin)  
Luca Burg (Stv. Präsident)

In der konstituierenden Sitzung des 64. Studierendenparlaments wurden die unten stehenden Beschlüsse gefasst. Die Sitzung fand am 05.07. 2021 über Zoom (Meeting-ID: 610 7350 2135, Kenncode hurrastupa) statt und wurde von Florian Probst und Leonie Bronkalla geleitet.

c/o AstA Uni Münster  
Schlossplatz 1  
48149 Münster

stupa@uni-muenster.de  
www.stupa.ms

Die Beschlüsse führen lediglich die Ergebnisse der gestellten Gesamtanträge auf. Die Diskussionen sind dem jeweiligen Protokoll zu entnehmen.

Montag, 12. Juli 2021

## Wahl der Protokollführung

Jessica Best wird als Protokollantin der 64. Studierendenparlaments gewählt.  
(25/5/0)

## Beschluss einer Geschäftsordnung

Die bisherige Geschäftsordnung des 64. Studierendenparlaments wurde beschlossen und ist in der aktuellen Fassung auf der Homepage des Studierendenparlaments zu finden.  
(18/0/13)

## Wahl des Präsidiums

Leonie Bronkalla (CampusGrün) wird als Präsidentin des 64. Studierendenparlaments gewählt.  
(19/12/0)

Theresa Schüller (RCDS) und Luca Burg (LHG) werden als stellvertretende Präsident\*innen gewählt.  
(25/5/0)

## Besetzung von Ausschüssen

### Vergabeausschuss

Ordentlich	Stv.	Stv.
Rebekka Birkmann	Sophie Kiko	Alexandra Michels
Nicolai-Leonied-Bathen	Tehseen Jäger	Lisa-Nicole Bücken
Rosa Krumme	Elise Riébel	Miriam Walter
Gabriel Dutilleux	Maher Seger	Carlos Apel
Timo Veen (RCDS)	Jan Luca Echterhoff (RCDS)	Yannick Ehlert (LHG)
Finn Hölter (RCDS)	Leon Heils (LHG)	Frederik Salomon (RCDS)
Raphael Fuchs (LHG)	Anton Kuhn (RCDS)	Niklas Nottebom (RCDS)

### Haushaltsausschuss

Ordentlich	Stv.	Stv.
Julius Sommer	Jacob Hassel	Jan Kirchner
Lisa-Nicole Bücken	Alexandra Michels	Ronja Vollmari
Felix Mehls	Anna Hofmann	Nicolai-Leonid Bathen
Giselle Ruynat	Dorit Schönholtz	Madita Fester
Felix Gericke (RCDS)	Isabell Dieckmann (RCDS)	Anna Langner (LHG)
Dominik Meiller (RCDS)	Brendon Karic (LHG)	Frederik Salomon (RCDS)
Victoria Hanfland (LHG)	Lars Fischer RCDS	Niklas Nottebom (RCDS)

### Herausgeber\*innenausschuss

Ordentlich	Stv.
Noemi Piontek	Leonie Bronkalla
Chris Margraf	Nicolas Stursberg
Anna-Katharina Ramesohl	Sarah Meier
Alexa Altenwirth	Johannes Strehler
Welf Sundermann (RCDS)	Erik Morawietz (RCDS)
Susanna Seperant (RCDS)	Jan Phillip Pflügel (RCDS)
Luca Burg (LHG)	Enna Ohlenbusch (LHG)

## **Bestätigung von Protokollen**

Das Protokoll der 10. Sitzung des 63. Studierendenparlaments wurde bestätigt.  
(22/9/0)

## **Antrag zur Situation der SHK-Vertretung**

*Das Studierendenparlament der Uni Münster stellt fest, dass die Vertretung der studentischen Hilfskräfte ein wichtiges Gremium zur Artikulation der Belange der an der Uni arbeitenden Studierenden ist. Das gänzlich andere Verhältnis der SHKs und SHBs zur Uni nicht nur als Bildungsinstitution, sondern auch als Arbeitgeberin, bedarf einer eigenen, starken Vertretung, gerade angesichts der oftmals schlechten und unsicheren Arbeitsbedingungen. Daher fordert das Studierendenparlament das Rektorat und sowie die Mitglieder des Senats auf, sich für einen Erhalt der SHK-Vertretung einzusetzen und die Stellung von SHKs und SHBs an der Uni und ihrer Vertretung nicht weiter einzuschränken oder zu schwächen.*

(18/1/11)

## **Antrag gegen den antisemitischen Boykott – gegen jeden Antisemitismus**

*Das Studierendenparlament positioniert sich klar gegen jede Form des Antisemitismus. Als Richtlinie dient den Gremien und Organen der Verfassten Studierendenschaft die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Das Studierendenparlament bekennt sich zum Existenzrecht Israels und zum Recht des Staates Israels, sich und seine Bevölkerung zu verteidigen. Das Studierendenparlament lehnt Boykottbestrebungen gegen Israel ab, insbesondere Aufrufe zum akademischen oder kulturellen Boykott, da diese nicht mit dem gesetzlichen Auftrag der Studierendenschaft vereinbar sind. Daher spricht sich das Studierendenparlament gegen jegliche Zusammenarbeit mit der „Boykott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (kurz BDS) und ihre Unterstützer\*innen, wie z. B. der Gruppe „Palästina Antikolonial“, aus. Gruppen oder Einzelpersonen, welche belegbar die BDS-Bewegung unterstützen oder sich positiv auf diese beziehen, die sich gegen das Existenz- oder Verteidigungsrecht Israels positionieren, sich mit der Gruppe „Palästina Antikolonial“ solidarisieren oder Teil von dieser sind, oder terroristische Gewalt gegen Israel befürworten, dürfen keine Honorare, Aufwandsentschädigungen, Projektförderungen oder sonstige Gelder aus dem Haushalt der Verfassten Studierendenschaft erhalten. Ebenso stellt die Verfasste Studierendenschaft jenen Gruppen oder Einzelpersonen oder Veranstaltungen, an denen jene Gruppen oder Einzelpersonen mitwirken, keine Räume zur Verfügung und nimmt keine Raumbuchungen für diese vor.*

*An Veranstaltungen externer Veranstalter\*innen, an denen Organe der verfassten Studierendenschaft mitwirken sollen und bei welchen sich auch Gruppen oder Einzelpersonen beteiligen, die die BDS-Bewegung unterstützen oder sich positiv auf diese beziehen, oder die anhand der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA anderweitig als antisemitisch identifiziert werden können, sollte zunächst ein Dialog mit dem externen Veranstalter\*innen gesucht werden. In diesem müssen die Gremien der Verfassten Studierendenschaft ihre Mitwirkung unter die Bedingung stellen, dass keine gleichzeitige Zusammenarbeit mit antisemitischen Gruppen oder Einzelpersonen stattfindet und dadurch deren Ausschluss anregen. Werden jene Gruppen oder Einzelpersonen daraufhin nicht von der Veranstaltung ausgeschlossen, so beteiligen sich Gremien der Verfassten Studierendenschaft nicht. Ebenso*

*werden solche Veranstaltungen folglich nicht durch die Gremien der Verfassten Studierendenschaft beworben oder anderweitig unterstützt.*

*Das Studierendenparlament fordert die Universität auf, sich klar gegen die BDS-Bewegung zu stellen und ihren antisemitischen Positionen, die einer freien und international vernetzten Wissenschaft diametral entgegenstehen, keinen Raum zu bieten. Sie soll keine Veranstaltungen durchführen, unterstützen oder bewerben, bei denen Israel delegitimiert, BDS-Positionen vertreten oder Terrorismus gegen Israel und seine Bewohner\*innen befürwortet wird. Dritten sollen keine Räume für solche Veranstaltungen durch die Universität zur Verfügung gestellt werden. In der politischen Bildungsarbeit der Verfassten Studierendenschaft, insbesondere der des AstA und seiner Beauftragten, soll eine kritische Auseinandersetzung mit allen Formen des Antisemitismus regelmäßig Berücksichtigung finden.*

*(27/1/2)*

## Sondervoten zur 1. Sitzung des 64. Studierendenparlaments

### 1. Sondervotum zu TOP 5 „Antrag auf Schluss der Aussprache und sofortige Abstimmung“ durch Lina-Marie Eilers

Wie üblich beginnt auch die Legislaturperiode des neuen StuPa damit, dass die AStA führenden Listen ihre Stimmmehrheit dazu nutzen, das Rederecht der Oppositions-Listen zu beschneiden. Dies ist in meinen Augen undemokratisch, entsprechend stimme ich mit „Nein“.

### 2. Sondervotum zu TOP 5 „Änderungsantrag zur Geschäftsordnung“ von Theresa Schüller

Die Allgemeine Studierendenschaft hat in einer freien, geheimen, unmittelbaren, allgemeinen und gleichen Wahl 31 Vertreterinnen und Vertreter ins StuPa gewählt, damit diese die Belange ihrer Wählerinnen und Wähler vertreten und in den Sitzungen des StuPa kundtun. Die Geschäftsordnung beschneidet das Rederecht der unmittelbar gewählten Vertreter und ist im hohen Maße undemokratisch. Da CampusGrün und Juso HSG allerdings wenig von demokratischen Grundsätzen halten und regelmäßig das Rederecht beschneiden, verwundert es nicht, dass meine Position überstimmt wurde.

### 3. Sondervotum zu TOP 12 „Antrag zur Situation der SHK-Vertretung“ von Ronja Mühlinghaus (Sozialreferat), Lina-Marie Eilers (stellv. Vorsitz) und Linus Mach (Vorsitz)

Ich stimme nicht gegen den Antrag, weil ich der Meinung bin, die SHK-Vertretung sei ein unwichtiges Gremium. Im Gegenteil: es ist in meinen Augen wichtig, dass die Belange von SHK und SHB durch das Gremium Gehör finden, weil die Arbeitsbedingungen wie beschrieben oftmals schlecht sind. Nichtsdestotrotz kann ich dem Antrag vor allem aufgrund des zweiten Abschnitts nicht zustimmen: Die derzeitige Organisationsform der SHK-Vertretung bedarf einer Änderung. Dass dem AStA das alleinige Vorschlagsrecht für die Vertreterinnen und Vertreter zukommt und dass alle Studenten, auch solche, die gar keine SHK sind, die Vertretung wählen können, sollte geändert werden. Zudem ist es eigenartig, einen Beschluss aufgrund einer Evaluation zu fassen, deren Ergebnis noch gar nicht vorliegt.

Stefan Grotefels  
*ordentliches Mitglied des 64. StuPa*

## **Sondervotum von Samira Hassan zur Abstimmung über sofortige Abstimmung –Konstituierende Sitzung am 05.07.21**

Es zeugt von einem zweifelhaften Demokratieverständnis, Anträge einzubringen und keine Möglichkeit zu lassen, Fragen zu stellen oder Anmerkungen abzugeben. Die Mitglieder des Studierendenparlaments, Teil eines weißen Gremiums in einer weißen Institution, haben sich dagegen entschieden mir als autonome AStA-Referentin einer benachteiligten Statusgruppe und stimmberechtigte Stupa-Abgeordnete den Raum für Rückfragen und eine demokratische Debatte zu geben. Auch anderen Personen, die einen offenen Diskurs über den Antrag angestrebt haben, wurde das Rederecht und die Chance auf eine offene Debatte verwehrt. Es sollte sich dringend gefragt werden, was für ein Signal die parlamentarische Studierendenvertretung damit an ihre Studierenden sendet, wenn sie derart autoritär über die Diskussionsfähigkeit von Themen, Rederechte, Meinungen und Belange ihrer Studierenden entscheidet. Dieses Hinweggehen über den Willen, sich an politischen Debatten zu beteiligen, suggeriert, dass die Studierendenvertretung ihre Studierenden nicht ernst nimmt und birgt die Gefahr, Studierende in ihrer politischen Teilhabe zu bremsen. Warum sollte man eine parlamentarische Vertretung wählen, wenn diese offenbar nicht daran interessiert ist, ihre Studierende demokratisch und transparent in Debattenprozesse und Verhandlungen einzubeziehen?